

«Wenn wir die Armee nicht ...»

Persönliches Erleben und offizielle Geschichte zusammenzubringen, bringt notwendig Frust



CHRISTOPH BOPP

Wir sind, was wir wurden. Oder besser: Wir wurden, was wir sind. Jedes Individuum hat seine Geschichte(n). Eine bewusst erinnerte, eine unbewusste und eine unterdrückte und vergessene. Keiner kann sagen: «Ich bin, der ich bin.» (Nun ja, Einer vielleicht schon.) Daneben gibts noch die grosse, die offizielle Geschichte. Die Erzählung, wie es wirklich war. Sie wird von Fachleuten, heute meist Professoren, geschrieben und von den Zeitgenossen – falls sie noch leben – häufig kopfschüttelnd gelesen. Probleme machen die grossen Begriffe «Realität» und «Wahrheit», welche die beiden Geschichts-Linien zu einem Dreieck zusammenzwingen wollen. Ein Zwingen, das oft misslingt. Oder um aus dem Bild herauszutreten: Was ich erlebt habe und was in den Geschichtsbüchern steht, hat oft wenig miteinander zu tun. Mehr noch: Manchmal ist es gar schmerzhaft widersprüchlich. Das sind die abstrakten Gründe, warum wir uns immer noch schwertun mit der Schweiz und dem Zweiten Weltkrieg. Und warum schon eine eigentlich harmlose History-Soap wie die «Alpenfestung» so grosse Erregung verursacht. Konkret: Die «Alpenfestung» mag «historisch» akkurat sein bis zum letzten Uniformhäkchen und der gefährlichen Rasierklinge – und ist doch historisch falsch. Aktivdienst-Veteranen können durchaus eingestehen: Ja, die Hosenträger, die Nagelschuhe, genau so wars – aber es entspricht trotzdem nicht ihrer realen Erfahrung. Die

wunden Füsse und die Entbehrungen haben sie erlebt, das schon; aber es dauerte nicht drei Wochen, sondern sechs Jahre. Für viele waren es Jahre, die andere zu anderen Zeiten zu ihren besten zählen. Sie haben sie geopfert. Und es schien sich gelohnt zu haben: Die Schweiz ist davongekommen. Diese Erfahrungen sind real. Und sie sind in dieser Form für diejenigen, die es erlebt haben, auch wichtig. Denn sie geben allem Sinn. Nun kommen Historiker und erklären: Da ist einiges falsch. Es war weniger die Armee, die Hitler davon abgehalten hat, die Schweiz zu überfallen. Und: Nicht alles, was in der Schweiz zwischen 1939 und 1945 passiert ist, gehört ins Reich des Rühmlichen. Diese Erkenntnisse – es macht kaum Sinn, das zu bezweifeln – sind wahr. Man kann sie belegen mit Dokumenten und anderen Zeugnissen. Zwingt man die beiden Linien zusammen, entstehen Frust und Ablehnung. Es kann doch nicht sein, dass alles nichts und für die Katz gewesen ist. Dann hätte ja das Opfer keinen Sinn gehabt. Das zu akzeptieren, ist schmerzlich. Aber es muss ja nicht um jeden Preis sein. Mehr Gelassenheit, bitte. Natürlich lässt sich aus diesem Frust politisch Kapital schlagen. Das hat man getan. Und offenbar versucht man es weiter: Wenn mit der Armee 39/45 alles richtig war, dann ist es auch heute noch so. Objektive Gründe gibt es keine. Die Zeit ist nicht stehen geblieben. Aber wenn die Lösung für alle Probleme darin gesehen wird, das Rad 30 Jahre zurückzudrehen, dann ist es nur konsequent.

christoph.bopp@azag.ch

Rechtschreibung ist nur Verpackung

Was Sprach-Puristen noch schlaflose Nächte bereitet, ist für Schüler längst Alltag



SABINE KUSTER

Kürzlich beschwerte sich eine Mutter bei einer Lehrerin, man dürfe doch immer noch «Fenster» und nicht nur noch «Fens-ter» trennen und deshalb sei der Fehler im Aufsatz des Sohnes keiner. – Morgen treten die Regeln der Rechtschreibreform definitiv in Kraft. Was bis anhin korrigiert, aber nicht gezählt wurde, ist im neuen Schuljahr ein Fehler. Man wird davon in den Schulzimmern nichts merken. Denn die neue Rechtschreibung ist für Schüler und Lehrer längst normal. Ausserdem sind in den Aufsätzen nur wenige Wörter von der Rechtschreibreform betroffen und die Rechtschreibung macht heute nur einen kleinen Teil der Deutschnote aus. Manch ein Lehrer wäre schon froh, die Schüler würden am Ende eines Satzes kein Smiley hinmalen, wie sie es vom SMS-Schreiben gewohnt sind, und würden dafür inhaltlich verständlich schreiben. Rechtschreibung ist bloss Verpackung. Schon vor 500 Jahren ging es Martin Luther, als er die Bibel übersetzte und damit sozusagen die deutsche Rechtschreibung erfand, um den Inhalt, nicht um die Verpackung. Sonst hätte er wohl mehr als 11 Wochen dazu benötigt.

Was haben sich Sprachexperten und Politiker seit Beginn der Reform 1996 den Mund fusselig geredet. Dabei war es nicht einmal gelungen, die Gross-/Kleinschreibung abzuschaffen. Nein, sie müssen sich deswegen nicht bei den neuen Erstklässlern entschuldigen. Die Kinder werden so oder so ihren ganz persönlichen Kampf mit der Rechtschreibung beginnen. Übrigens: Beim Trennen kommt der letzte Konsonant auf die neue Zeile – nun auch bei «st» («Fens-ter»). Vorausgesetzt, man hält sich nicht an Trennregel Nummer 1, die da lautet: Trenne nicht.

sabine.kuster@azag.ch

Karika-Tour



Für eine starke Schweiz

Es ist höchste Zeit für eine Volkswahl des Bundesrates



NATALIE RICKLI

Am 16. September wählt die Schweizerische Bundesversammlung einen neuen Bundesrat. Nach dem Rücktritt von Pascal Couchepin möchte die FDP als drittstärkste Partei der Schweiz den Sitz verteidigen. Gleichzeitig führt die CVP an, aufgrund der Fraktionsgemeinschaft mit den Grünliberalen und der EVP habe ihre Fraktion einen Anspruch auf den Sitz. Ob und mit wem die CVP antritt, will die Partei aber bis zum Tag vor den Wahlen offenlassen.

Gastautoren äussern in ihren Beiträgen ihre persönliche Meinung. Heute: Natalie Rickli, 32, ist SVP-Nationalrätin und war vorher Gemeinderätin in Winterthur und Zürcher Kantonsrätin. Beruflich ist sie Partner Relations Manager für die Goldbach Media und die IP Multimedia AG.

So unverständlich diese Begründung ist, so wenig kann die Bevölkerung nachvollziehen, was derzeit hinter den Kulissen des Bundeshauses gespielt wird. Das Volk kann dem Polit-Sommertheater lediglich tatenlos zuschauen.

Spätestens seit der hinterhältigen Abwahl von Bundesrat Blocher und der undurchsichtigen Taktik bei der Wahl von Bundesrat Ueli Maurer muss man sich fragen, wie ernst es die Bundesversammlung mit der Regierungswahl nimmt. Dass die Grüne Partei im Winter 2008 mit Luc Recordon einen eigenen Kandidaten nominierte, dieser aber im anschließenden Wahlgang keine einzige Stimme auf sich vereinigte, wirft viele Fragen auf. Warum unterstützten die Grünen nicht ihren eigenen Kandidaten, sondern Hansjörg Walter – den Geheimkandidaten gegen Ueli Maurer? Solche unseriösen Spielereien schaden der Glaubwürdigkeit des Parlaments. An sich ist es ein Armutszeugnis: In einem Land, in welchem die Stimmbürger Schulpfleger, Laienrichter und Re-

gierungsräte wählen, ist der Souverän von der Wahl der obersten Regierung ausgeschlossen. Dies ist ein Mangel in unserer direkten Demokratie, welche sich in den vergangenen Jahrzehnten immer weiterentwickelt und vervollständigt hat. Die demokratischen Mitwirkungsrechte wurden seit der Schaffung des Bundesstaates mit der Bundesverfassung von 1848 ständig ausgebaut. So wurden das fakultative Gesetzesreferendum, die Verfassungsinitiative, das Staatsvertragsreferendum sowie die Unterstellung dringlicher Bundesbeschlüsse unter das Referendum eingeführt. Schliesslich wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Proporzwahl für den Nationalrat eingeführt – eine weitere Verbesserung der Feinmechanik unseres Staatswesens.

Einzig von der Volkswahl des Bundesrates hat man bisher abgesehen. Entsprechende Initiativen der Sozialdemokraten aus den Jahren 1900 und 1942 wurden abgelehnt. Zunächst war dies technisch begründet: In der Mitte des 19. Jahrhunderts existierten weder Fernseh- noch Radiosender. Bundesbern war eine eigene Welt und lag eine Tagesreise weg. Die Stimmbürger in den Kantonen kannten die Bundespolitiker kaum – gar nicht zu reden von den Kandidaten für Exekutiv- und Richterämter.

Heute kennt praktisch jeder Bürger die Kandidaten, die sich für den Bundesrat bewerben, bald jeder Politiker hat eine Internet-Plattform

Eine Volkswahl wäre damals eine Farce gewesen. Doch dies hat geändert: Im heutigen Internetzeitalter sind die Informationsmöglichkeiten unvergleichbar besser. Heute kennt praktisch jeder Stimmbürger die Kandidaten, die sich für den Bundesrat bewerben. In Radio- und Fernsehsendungen, in Zeitungen und auf Websites kann man die politischen Positionen der Volksvertreter erfahren und nachlesen. Bald jeder Politiker hat ausserdem eine eigene Internetplattform. Oft kennen die interessierten Bürger diese Kandidaten sogar fast besser als mancher Parlamentarier.

Auf kantonaler Ebene ging die Entwicklung rascher. In der Zeit zwischen 1847 und 1929 wurde in allen Kantonen die Volkswahl der Regierung eingeführt. Selbstverständlich gab es auch damals Diskussionen. Alle Argumente, welche heute gegen die Volkswahl des Bundesrates ins Feld geführt werden, wurden in den vergangenen Jahrzehnten schon gegen die Volkswahl der Kantonsregierungen geäussert. Die Volkswahl der Kantonsregierungen jedoch hat sich bewährt und ist heute in sämtlichen Kantonen unbestritten. Ein Vorstoss, die kantonalen Regierungen – wie früher einmal – wiederum vom Parlament wählen zu lassen, hätte heute nicht den Hauch einer Chance.

Mit gutem Grund: Die Zusammensetzung der Kantonsregierungen ist erstaunlich repräsentativ und auch stabil. Erstaunlich repräsentativ darum, weil die Stimmbürger nicht an eine «Zauberformel» gebunden sind, aber die Kantonsregierungen trotzdem fast durchwegs die Parteienstärken proportional abbilden. Und stabil darum, weil es selten zu grossen Verschiebungen kommt. Wird doch einmal ein Regierungsmitglied abgewählt, dann meist mit gutem Grund. Was oft vergessen geht: Auch die Ständevertreter wurden früher durch die kantonalen Parlamente bestimmt. Im Kanton Bern war dies bis 1977 der Fall: Erst vor 30 Jahren gingen die Berner dazu über, ihre Ständeräte vom Volk wählen zu lassen. Heute hat sich die Volkswahl der Ständeräte in allen Kantonen eingebürgert und bewährt.

Es wäre richtig, auch die Wahl des Bundesrates der Bevölkerung zu überlassen. Die Stimmbürger sind weniger anfällig auf Medienberichte. Die Stimmbürger können untereinander keine Hintertreppen-Abreden machen. Und die Stimmbürger sind niemandem Rechenschaft schuldig. Der Bundesrat umgekehrt aber schon: Er ist auf die Unterstützung des Volkes angewiesen. Und dass er gegenüber dem Souverän mehr Verantwortung übernimmt, ist dringend nötig.